

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Landtags-Zeitung. 1833-1846 1846**

13 (14.11.1846)



Die Rundschau erscheint wöchentlich zwei Mal, Mittwoch und Samstag, und kostet für das Vierteljahr vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1846 im Umfang des Großherzogthums 42 Kreuzer durch die Post oder durch den Buchhandel bezogen.

# Die Rundschau.

N<sup>o</sup> 13. Karlsruhe, Samstag den 14. November. 1846.

Herausgegeben von Karl Mathy. — Druck und Verlag von Malsch und Vogel.

Man bestellt bei dem nächstgelegenen Postamt, in Karlsruhe, Mannheim, Heidelberg und Freiburg auch bei den unten genannten Buchhandlungen, welche auch Inserate annehmen. Einrückungen werden mit 3 kr. für den Raum der dreispaltigen Zeitspalt berechnet.

Carlruhe, bei Malsch & Vogel.

Heidelberg, bei Fr. Sabel.

Mannheim, bei H. Hoff.

## Ein deutsches Schiffahrtsgesetz.

Die Ausichten auf ein deutsches Schiffahrtsgesetz erhalten einen neuen Aufschwung durch die in mehreren Blättern gleichzeitig mitgetheilte Nachricht, daß der im März 1841 mit England abgeschlossene Handels- und Schiffahrtsvertrag mit Ablauf seiner sechsjährigen Dauer von Seiten des Zollvereins gekündigt werden soll. Dies ist die Vorbedingung einer Schiffahrtsgesetzgebung, in Verbindung mit Differenzialzöllen zu Gunsten von Waaren, welche auf deutschen Schiffen eingeführt werden. Die Begünstigung, welche England bezüglich auf Zucker und Reis durch den Vertrag erlangte, war ohne Bedeutung, so lange der Zollverein das Mittel der Unterscheidungszölle zur Beförderung der eigenen Schiffahrt nicht anwendete; sie kann aber nicht länger bestehen, sobald man ernstlich zu diesem Mittel greifen will. Als ein Zeichen, daß Preußen sich neuerdings um die wichtige Angelegenheit bemühe, wird die Reise des Herrn v. Patow, Direktor im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten zu Berlin, nach Bremen und Hamburg angeführt, wo derselbe sowohl mit den preussischen Consulen als mit hanseatischen Staatsmännern Beratungen gepflogen habe. Der Gedanke einer deutschen Schiffahrtssakte, die natürlich nicht auf die Häfen des Vereins beschränkt sein dürfte, sondern alle Küstenplätze, wenigstens im Norden, insbesondere aber die Hansestädte umfassen müßte, wurde schon vor längerer Zeit von Bremen aus angeregt, und man nennt den Senator D u n k w i z als den Beförderer der Denkschrift, welche im Sommer vorigen Jahres von dem Präsidenten des preussischen Handelsamtes, Hrn. v. R ö n n e, verfaßt, bei den Regierungen in Umlauf gesetzt, auch durch die Presse veröffentlicht wurde. Darin war ein allgemeines Differenzialzollgesetz vorgeschlagen, wodurch der unmittelbare Verkehr zwischen Deutschland und den überseeischen Ländern befördert und unter andern der Vortheil großer deutscher Märkte für Rohstoffe erzielt würde, welche der Industrie wesentliche Dienste leisten, Märkte, wie sie England in Liverpool, Frankreich in Havre u. s. w. besitzt. Ein Handels- und Schiffahrtsbund soll alle Häfen zwischen der Elbe und Schelde umfassen und eine Navigationsakte erlassen werden, welche geeignet wäre, Schiffahrt, Handel und Industrie zu heben und dem Zollverein die deutschen Vorländer und die Hansestädte, welche sich bis jetzt noch fern halten, zuzuführen. Abgesehen von den Vortheilen, welche ein solches Schiffahrtsgesetz in Verbindung mit einem System von Unterscheidungszöllen dem überseeischen Handel und der Schiffahrt bieten, sind sie auch der einzige Weg, um entsprechende Zugeständnisse von England zu erlangen. Denn bis jetzt ist das Wort „Gegenseitigkeit“, welches in Verträgen mit England vorkommt, eine

bloße Täuschung. Diese Gegenseitigkeit ist nämlich beschränkt durch „die bestehenden Gesetze.“ Hiernach können nun englische Schiffe Waaren aller Art in jeden deutschen Hafen ein- und ausführen, auch von einem Hafen zum andern fahren; aber deutsche Schiffe dürfen nur Erzeugnisse der eigenen Länder, oder solche, die in den eigenen Häfen verladen sind, nach England oder dessen Besitzungen bringen. Aus andern europäischen Häfen dürfen sie eine Reihe von Artikeln, welche gerade die Hauptausfuhrgegenstände sind, z. B. Südfrüchte, Getreide, Bauholz, Talg, Delsamen, Hanf, Flach u. s. w. nicht in britische Häfen bringen, und eben so wenig Erzeugnisse außereuropäischer Länder. Zwischen englischen Häfen und den Kolonien dürfen sie auch nicht fahren. Das ist die berühmte Gegenseitigkeit; die einzige Erweiterung, welche der Vertrag von 1841 den Schiffen des Zollvereins bietet, besteht darin, daß die Häfen zwischen Elbe und Schelde den Vereinshäfen gleichgestellt werden, also z. B. Waaren, welche in Hamburg oder Emden geladen wurden, eben so angesehen werden, als ob sie aus dem Vereinsgebiet kämen. Um etwas mehr zu erlangen, gibt es keinen andern Weg, als einen deutschen Schiffahrtsbund mit Differenzialzöllen. Daß dieses Mittel fruchtet, hat in neuester Zeit Rußland bewiesen, welches seit Anfang des Jahres den Zoll auf alle in fremden Schiffen eingeführte Waaren um die Hälfte erhöhte, den Schiffen selbst ein höheres Lastgeld auferlegte und davon nur die Schiffe derjenigen Länder ausnahm, wo die russischen Schiffe wie die nationalen oder wie die am meisten begünstigten Nationen behandelt werden. Diese Maßregel hat bereits einen günstigen Handels- und Schiffahrtsvertrag mit Frankreich zur Folge gehabt.

Die Hoffnung, daß ein deutsches Schiffahrtsgesetz nicht mehr in weiter Ferne liege, hat auch die Kammern in Bayern und Baden veranlaßt, die Nichterneuerung des Vertrags mit England in Vorschlag zu bringen, und es wäre gewiß erfreulich, wenn die Bemühungen Preußens in den Hansestädten von Erfolg gekrönt würden und dann auf eine breitere Grundlage hin mit England unterhandelt werden könnte.

(Die Schweiz.) Der Stern des Jesuitismus erleichtert in der Schweiz. Die Ereignisse in Genf haben allerwärts die Ueberzeugung genährt, daß die Wohlfahrt der Eidgenossenschaft durch das Ausschneiden des fremdartigen, verderblichen Elementes bedingt ist. Demgemäß wird mit Besonnenheit gehandelt. Dem großen Rathe in Genf wird von der Regierung vorgeschlagen, der Stimme von Zürich zur Auflösung des Sonderbundes beizutreten und an der Annahme des Vorschlags ist nicht zu zweifeln. Baselstadt wird in Folge der



Durchsicht und Umgestaltung seiner Verfassung den eigentümlichen Sinn, welcher in der Mehrzahl der Bürger lebt, bei der nächsten Tagssagung bethätigen; es wird sich losagen von den unseligen Plänen einer Partei, welche die Schweiz ihrem Untergange nahe bringen möchte, und an die Seite der Kantone treten, welche im Namen von zwei Dritttheilen der Bevölkerung Sitte und Bildung schützen wollen vor der Nacht der Verdummung und des Aberglaubens. In Aargau sind die Wahlen selbst in den Bezirken, wo vor nicht langer Zeit ein finsterner Fanatismus, früher von den Klöstern, dann von Luzern aus, bis zum Aufbruch gesteigert worden war, in liberalem Geiste ausgefallen. Das mächtige Bern wird bis Neujahr, wo seine Regierung Vorort, d. h. Bundesregierung wird, die rechten Männer und den Schwerpunkt wieder gefunden haben, der bei einem so ruhigen und bedächtigen Volke, wie die Berner sind, nicht auf längere Zeit verschoben werden kann. Vergebens bemühen sich die Gegner, den Kanton Graubünden, wo sie den „freien Rätli“ des Herrn Planta auf ihre Seite gebracht haben, für sich zu gewinnen. In dem Maße, wie die Kräfte der liberalen Schweiz sich einigen und ausdehnen, erheben sich Spaltung und Uneinigkeit im Lager der Gegner. Im Kanton Freiburg, wo die Jesuiten ohnehin nur durch die Wahlen des bethörten Landvolks ihre schwankende Herrschaft behauptet hatten, ist sie ernstlich bedroht. Die Gemeindebehörde der Hauptstadt liegt im Streit gegen die Regierung und errichtet zum Schutze der Stadt gegen die einberufenen Landsoldaten eine Bürgerwache. Junge Männer, zum Theile aus angesehenen Familien, gründen einen Verein zur Befreiung des Kantons von dem Drucke der Jesuiten; der Bezirk Murten verlangt entschieden die Losagung von dem Sonderbunde. In Schwyz regen sich die äußeren Bezirke wieder; die Zahl der Freigesinnten ist im Wachsen und wird der Stärke der Gegenpartei jetzt schon nahezu gleichstehen; die Noth der Zeit hat den alten Streit der „Klauen“ und „Hörner“, d. h. der kleineren gegen die großen Eigenthümer von Matten und Vieh, über die Benützung der Allmenden wieder angefaßt. In Luzern haben sich bei der letzten Musterung Zeichen kund gegeben, welche den gegenwärtigen Machthabern Unheil verkünden. Die Truppen, der Kern der Bürger, haben ihre Unzufriedenheit mit dem gegenwärtigen Zustande kund gegeben und die Staatskasse ist leer. — Ohne weit zu greifen, läßt sich daher voraussagen, daß die nächste Tagssagung nicht nur die Auflösung des Sonderbundes, sondern auch bezüglich auf die Jesuiten wenigstens so viel beschließen wird, daß der Sitz des künftigen Vororts, Luzern, von denselben geräumt werden muß. Und sind diese Beschlüsse gefaßt, so werden sie ohne Bürgerkrieg vollzogen werden. So groß die Lust der Häupter der jesuitischen Partei und ihrer Kriegsführer, der Sonnenberge, Ab-Überge und des alten Bändenführers Tschudi sein mag, ihr Schild zu erheben und fremde Einmischung herbeizuführen, sie werden keine Truppen finden, die zum Kriege gegen die Eidgenossen ihrer Trommel folgen. Das Wort: „Beschluß der Tagssagung“ wirkt mächtig auf die Gemüther und eigentümliche Truppen sind keine Freischaaren.

Auf Hilfe von Außen dürfen die Häupter der jesuitischen Partei, wenn sie sich nicht selbst täuschen wollen, sich keine Rechnung machen. Frankreich hat seine militärischen Vorkehrungen an der Grenze bereits eingestellt, und soll erklärt haben, daß nur wirkliche Verletzungen der politischen Institutionen

des schweizerischen Bundesvertrags oder das Einrücken fremder Truppen irgend einer Macht ihm Veranlassung zum Einschreiten geben könnten. Oestreich zieht, dem Vernehmen nach, einige Regimenter in das Vorarlberg, allein es soll an die angrenzenden Staaten den Wunsch gerichtet haben, daß eine Einschreitung nur auf Verlangen der Eidgenossenschaft stattfinden. Wenn richtig wäre, was ein Blatt behauptet, daß die Erschwerung der Fruchtausfuhr von Bayern, Württemberg und Baden nach der Schweiz eine politische Maßregel sei, und zwar zu Gunsten des Sonderbundes, so hätte man damit den betreffenden Kantonen einen schlimmen Dienst erwiesen, denn sie werden davon härter betroffen als die größeren, welche Mittel und Wege haben, sich von Marseille (die Rhone-schiffahrt reicht bis zum Genfersee) und von Holland aus zu versorgen. Deutschland aber hat durchaus keinen Grund, zu wünschen, daß die Jesuitenherrschaft in der Schweiz erhalten und gefördert werde, vielmehr wird die Beseitigung derselben für uns von den besten Folgen sein.

Ein Zeichen, daß selbst die Gegner ihre Hoffnungen auf die Schweiz sinken lassen, ist der Unmuth, der sich in ihren Blättern nicht nur über die Fortschritte des liberalen Geistes für Sitte und Bildung, sondern hauptsächlich über die Ruhe und Besonnenheit kund gibt, womit die liberale Schweiz ihrem Ziele entgegen schreitet. Sie verwünschen „die Klugheit der radikalen Kantone,“ und diese ist es allerdings, die ihr wälsches Spiel verdirbt und die Ansicht auf fremde Hilfe verschwinden macht.

(Die Kinzigthalbahn). Ein Aufsatz vom Oberrhein in den Nummern der Karlsruher Zeitung vom 5. und 6. October hatte den Züricher Vertrag vertheidigt, sich ferner gegen die Bahn durch das obere Rheinthal und für die Kinzigthalbahn ausgesprochen. In Nummer 6 dieses Blattes äußerten wir unsere Ansicht, welche in den beiden ersten Punkten theilweise eine andere ist, in dem dritten, dem Hauptpunkte aber, vollkommen mit jenem übereinstimmt. Wir fragten jedoch dabei, was denn für die Kinzigthalbahn geschehen sei und zeigten, daß für die Ausführung der als nothwendig erkannnten Bahn eine Garantie nicht gegeben, und daß mit dem bloßen Ausspruche, die Kinzigthalbahn muß gebaut werden, nicht geholfen sei. Der Verfasser jenes Aufsatzes wiederholt nun in der Karlsruher Zeitung vom 9. November seine Ansicht für den Züricher Vertrag und gegen die Bahn durch das obere Rheinthal, so wie seine Behauptung, die Kinzigthalbahn muß gebaut werden! Allein auf die Frage, was denn für dieselbe geschehen sei und wie es mit den Aussichten für die Ausführung stehe, weis er wenig Tröstliches zu berichten. Es mögen noch fünf Jahre verlaufen, meint er, bis die württembergische und schweizer Concurrenzbahnen gebaut sind; unterdessen können die Geldverhältnisse sich bessern und Gesellschaften sich bilden. Geschieht dies auch nicht, so ist bis dahin die Staatsbahn vollendet und das Land kann für die Kinzigthalbahn Opfer bringen; es werde sich dann zeigen, daß sein Ausspruch, diese Bahn müsse gebaut werden, keine Phrasen sei, sondern eine Wirklichkeit. Im künftigen Frühjahrre aber schon mit dem Bau beginnen, hiesse handgreiflich ins Blaue hinein bauen; die ganze Baulast auf den Staat überwälzen, hiesse dem Lande jetzt etwas Unmögliches zumuthen. — Wenn aber der Staat das Sechsteil des Baukapitals, womit



er sich theiligen kann, nicht zur Herstellung des Bahndamms auf den günstigen Strecken verwenden will, weil dies in's Blaue hinein gebaut wäre, so wird damit zugegeben, daß auch der Ausspruch, die Bahn müsse gebaut werden, ins Blaue hinein geredet ist. Es genügt nicht, mit der Kinzigthalbahn zu beginnen, wann die Concurrzbahnen vollendet sein werden, sondern es kommt darauf an, gleichzeitig mit jenen den See zu erreichen. Die Erwidrerung kann und daher leider nicht veranlassen, den Ausspruch: die Kinzigthalbahn müsse gebaut werden, für mehr als eine Phrase zu halten, so lange nicht etwas geschieht, um denselben Nachdruck zu geben. Wenn uns aber der Ausspruch beschuldigt, daß der Wunsch, den Endpunkt der Staatsbahn nach Waldshut zu verlegen, nicht aufrichtig sei (im Vorbeigehen bemerken wir, daß die Aare schiffbar ist und bald auch für Dampfsschiffe schiffbar sein wird, und daß die Züricher Bahn durch das Limmatthal zieht, was der Verfasser nicht zu wissen scheint), daß wir den Staat nöthigen wollten, die obere Rheinthalbahn zu bauen und daß wir eigentlich die Kinzigthalbahn nicht wünschen — so ist dies eine Unterschiebung nicht vorhandener Absichten, die wir bedauern. Wir sind gewohnt, derlei in andern Blättern zu finden und dort nach Verdienst zu behandeln. Wir wären dadurch vollkommen berechtigt, dem Verfasser zu sagen, daß er lediglich beabsichtige, mit seiner stumpfen Lanze für die Kinzigthalbahn den Bewohnern der theilhaftigen Gegenden Sand in die Augen zu streuen; allein wir wollen, so lange als möglich, besser von ihm denken. Wir haben nichts dagegen, wenn es ihm auf eine Handvoll Millionen nicht ankommt und er zu versprechen gibt, wir wollten dem Staate zumuthen, zu der Eisenbahnschuld von 34 Millionen (!) noch 44 Millionen (!!) für die Kinzigthalbahn zu 6 bis 10 Procent (!!!) aufzunehmen; ein so großartiger Unsinn richtet sich selbst. Aber falsche Absichten zu unterstellen, das sollte ein Mitarbeiter der Karlsruher Zeitung nicht thun. Wir haben ihm wenigstens keinen Anlaß dazu gegeben.

### Briefe.

Man nheim, 12. November. Unter den Ländern, welche Getreide auszuführen haben, nimmt dieses Jahr Rußland eine der ersten Stellen ein. In den südlichen Theilen, besonders in Podolien und der Ukraine, ist die Ernte vorzüglich ausgefallen, und es würden die Häfen am schwarzen Meere noch viel reichlichere Zufuhren schon erhalten haben, wenn diese nicht durch den Mangel an fahrbaren Straßen erschwert würden. Nach einer Mittheilung in der allgemeinen Zeitung aber hat die russische Regierung den Gutbesitzern, welche auf ihre Kosten eine Straße anlegen wollten, die Erlaubniß verweigert, weil sie nicht will, daß diese ehemals polnischen Provinzen zu Geld und Kräften kommen. Auch aus den nördlicheren Gegenden, über St. Petersburg, wird sehr viel Getreide, sowohl nach Bremen als nach Holland und den Rhein herauf gebracht. Der Maßregel von Bayern, Württemberg und Baden zur Erschwerung der Fruchtausfuhr durch einen Ausgangszoll von 25 Procent des jetzigen Preises hat sich nun auch das Großherzogthum Hessen angeschlossen; dessen ungeachtet aber sind in Mainz auf dem Markte vom 7. November die Preise in die Höhe gegangen. Die gleiche Erscheinung zeigte sich in Bayern, namentlich an der Münchener Schranne vom 7., wo bedeutende Mengen für

das Oberland und für Württemberg gekauft wurden. Der Rheinpfalz sind von der Regierung 150,000 fl. vorgeschossen worden, um Getreide und Mehl im Auslande zu kaufen und die ärmeren Bewohner damit zu unterstützen. Die Gemeinden haben die Vorschüsse zu ersetzen, jedoch ohne Zinsen. In Augsburg läßt der Magistrat seit dem 5. wohlfeileres Roggenbrod backen; der Laib für 6 kr. wiegt nahezu so viel, als das Bäckerbrod zu 8 kr. und das Brod soll von sehr guter Beschaffenheit sein. Täglich wurden 1200 bis 1400 Laibe abgegeben, aber der Zudrang ist so groß, daß in wenig Augenblicken der ganze Vorrath vergriffen ist. Um noch mehr liefern zu können, wird die Militärverwaltung ihre Feldbacköfen zur Verfügung stellen. Fast in allen Städten Württemberg's machen die Ortsbehörden Anstrengungen, um durch Herbeischaffung von Nahrungsmitteln dem Mangel vorzubeugen. — Der Stadtrath von Tübingen hat 5,000 fl. zum Ankauf von Kartoffeln in Rheinbayern (wo sie nicht zum Besten ausgefallen sind) bestimmt; in Ludwigsburg, wo die Stadtkasse nicht gut bestellt scheint, haben einzelne Mitglieder des Gemeinderaths und Ausschusses 5,000 fl. vorgeschossen, um die Stadt bei den Fruchtankäufen der Regierung zu theiligen. Die großherzogliche hessische Regierung hat den Ständen eröffnet, daß sie von dem zum Eisenbahnbau bestimmten Kapital 600,000 fl. zum Ankauf von Getreide bestimmt und größtentheils verwendet habe; sie hoffe übrigens das Kapital bis Ende nächsten Jahres rückzuerstatten. Im Elsaß hat die französische Regierung viele öffentliche Arbeiten, besonders an Straßen und Eisenbahnen, angeordnet; mehrere Abtheilungen an der Paris-Strasburger Bahn wurden im Laufe der letzten Woche begeben, im Betrage von 5,400,000 Franken. Die öffentlichen Belustigungen, bei denen viele Arbeiter ihren Verdienst zu vergeuden pflegen, sind beschränkt und die Tanzbelustigungen an Werktagen ganz verboten worden. In England bessert sich der Markt für die Käufer. In London sind seit dem 2. Novbr. die Preise fast aller Fruchtgattungen gesunken. Ungeheure Zufuhren, welche in Liverpool theils schon eingetroffen sind, theils täglich erwartet werden, haben dort alle Besorgnisse verschucht. „Weit entfernt, Hunger zu leiden“ — lesen wir in einem Briefe vom 4. d. M. — „werden wir Ueberfluß haben. Für den Absatz des amerikanischen Ueberflusses ist der englische Markt die einzige Hoffnung.“

Schwelgen, 9. November. Das ewig mißvergnügte Morgenblatt sagt nun dem Engländer, an welchem es seinen Zorn über die mißglückte Zerstörung des großen Ausschusses ausläßt, nach, er trinke zu viel. Diesen Rationalfehler mancher Britten und Deutschen werden wohl auch die Herren — nicht Bürger — wahrgenommen haben, welche vor etwa zwölf Tagen bei einer großen Anzahl Flaschen seine Gäste waren, ohne daß er deshalb später amtlich belästigt wurde. Die polizeiliche Untersuchung wegen Bestechungen bei der Abstimmung über den Ausschuh wurde vorgestern wieder aufgenommen. Es scheint den Freunden des Morgenblattes gar viel daran gelegen, den Ausschuh wegzubringen. Dabei soll sich nun folgendes ergeben haben:

Frage. Ist es wahr, daß Sie dem N. N. 1 fl. 20 kr. versprochen haben, wenn er für den Ausschuh stimme?

Antwort. Es kommt mir sonderbar vor, daß Sie auf solches Altweibergezwäg hören; so könnte ich Manches erzählen, was ich von Ihnen gehört habe. Bei der Urwahl z. B. sagte der Wirth J., Sie hätten ihm versprochen,



seiner Schwester in Heidelberg für eine Wirthschaft zu sorgen, wenn er so wähle, wie Sie es verlangten; ich glaubte dies aber nicht.

**Frage** (oder vielmehr Ausruf): Das sind Verläumdungen; aber gegen Sie liegt eine Thatsache vor.

**Antwort.** Die beiden Fälle sind einander ganz ähnlich.

Die Anbringer haben gegenwärtig viel zu thun, aber die fleißigen, redlichen Bürger sehen mit Betrübniß die fortwährenden Bemühungen, Uneinigkeit in der Gemeinde zu erhalten. Könnten die Ursachen des Uebels, die außerhalb der Bürgerschaft zu suchen sind, entfernt werden, das Städtchen würde einen Freudentag feiern. Alles fragt: Warum soll denn der Ausschuß mit aller Gewalt weggedrängt werden? — **Antwort:** Mit den Dunkeln ist gut munkeln.

Das Morgenblatt unterbricht seine „Rückblicke“ durch einen langen Wehruf, betitelt: Warnungsruf an die Freunde des Vaterlandes, welcher eigentlich ein Rückblick im Rückblick ist und wieder etwas freundlicher mit der Regierung thut. Es wird darin nämlich die kaum erst erzählte Geschichte der letzten Landtage wiedergeföhrt, und bei den letzten Wahlen, auf welche sich das Morgenblatt bekanntlich große Hoffnungen gemacht hatte, ausgerufen:

„Leere, eitle Hoffnung! Nicht nur war die Opposition nach wie vor aus denselben Elementen zusammengesetzt; ihr System blieb auch dasselbe und mußte dasselbe bleiben.“

Den Ministern wird bemerkt, „daß sie bei vieler Redlichkeit und höchst achtbaren Kenntnissen, doch nicht alle Vollkommenheiten in sich vereinigen.“ Daraus folgt ganz einfach, daß sie die guten Rathschläge des Morgenblattes nicht entbehren können und dessen Mitarbeiter zu Hülfe rufen sollen, um so mehr, als diese bereit sind, zur Erlangung guter Anstellungen Alles aufzuopfern. Den Titel dieses Aufsatzes hätte das Morgenblatt süßlich sparen können, denn er ist ein gemeinschaftlicher für alle. Jeder Artikel im Morgenblatt ist ein „Warnungsruf an die Freunde des Vaterlandes,“ gegen die Rücktrittspartei auf der Hut zu sein. — Unmittelbar nach dem Warnungsruf folgt der Schluß der Rückblicke, worin dem Volke zugerufen wird: liebes Volk, gutes Volk, laß doch die Opposition im Stiche, sie täuscht dich, sie gibt dir nichts; komme zu uns, zum Morgenblatt, wir haben gute, süße Sachen für dich, bei uns ist der Himmel auf Erden! Ja, wer es glaubte und nicht wußte, wie das Morgenblatt stimmt; gegen die freie Presse, gegen die Unabhängigkeit der Gerichte, gegen die Gewissensfreiheit, gegen die Schwurgerichte, gegen Alles, was dem Volke frommt; aber für jeden Uebergriff der Polizei, für jede Unterdrückung oder willkürliche Beschränkung der Volksrechte, für die Censur, für die Angeberei, für Alles, was dem Volke schadet. Wo die Thaten so laut sprechen, da heißen keine gedungene Federn. Man kennt die Vögel zu gut. Zuletzt schmückt sich das Morgenblatt mit einem Artikel aus dem Mannheimer Journal und nennt H. v. Struve einen ehrlichen, ehrenwerthen Charakter, ihn, den es so oft auf's Schimpflichste geschmäht! Das ist Verzweiflung und — vergebliche Verzweiflung. Die Spuren derselben trägt noch der Artikel: „Die Rundschau und das Morgenblatt“ an sich, den nach zweitägiger Ruhe das Morgenblatt zu Tage fördert. Mit immer neuem Vergnügen nehmen wir wahr, daß die Aufmerksamkeit, die wir leider den volksfeindlichen Blättern schenken müssen, nicht ohne Wirkung

bleibt. Das Morgenblatt, die Süddeutsche und die Freiburger Zeitung fühlen sich dadurch unangenehm berührt. Ersteres sagt sogar, wir wollten es verdächtigen. Hilf Himmel! wie wäre das möglich! Das Morgenblatt ist über allen Verdacht so sehr erhaben.

#### Verschiedenes.

— Nach der Oberheinischen Zeitung soll die Geistlichkeit des Kapitels Mosbach sich mit der Bitte um eine Kirchenversammlung an den heiligen Vater in Rom selbst gewandt haben.

— Die deutsche allgemeine Zeitung berichtet aus Prag, daß nach langwierigen Kämpfen und Erörterungen unter den Staatsmännern beschlossen worden sei, die Gewerbefreiheit in Oestreich einzuführen. Diese Nachricht bedarf wohl noch der Bestätigung.

— Die Süddeutsche Zeitung ist durch die Wahrnehmung, daß es mit der gehofften Uneinigkeit unter den freisinnigen Bürgern nichts ist, um ihr bischen Besinnung gekommen. Dr. G. v. Struve, von dem sie glaubte, daß er den Bruch herbeiführen werde, nennt die arme Getäuschte jetzt: „den berühmten Turner, der nur Pflanzen und Halbe frißt;“ der „Füribunde“ Welker will nicht gegen Bissing losziehen, dem Volke, welches „nach dem scharfgewürzten Radikalismus“ verlangt, wird „auf die Schnauze geschlagen,“ und das kommt Alles von Papa Jgstein, welcher Einigkeit verlangt. Die Süddeutsche verliert darob die Sprache und ruft nur noch O, ho, ho! — Daraus kann Jedermann abnehmen, wie gut die Einigkeit ist.

— Die protestantischen Kirchen werden von der Süddeutschen bezeichnet als „ungehorsam gewordene Töchter, die ihr wenigstens Glaubensgut, das sie noch aus dem mütterlichen Hause mit in die Fremde genommen, vergeudet haben, wie uns die angestrengtesten Versuche beweisen, die gemacht werden, um wieder zu einem anständigen Auftreten zu gelangen.“ Daß einer Mama, wie die Süddeutsche, die Töchter ungehorsam werden, ist kein Wunder, besonders wenn sie anständig auftreten wollen.

Unter Verantwortlichkeit der Verlagshandlung.

#### Anzeige.

Von der **Landtagszeitung**, Verhandlungen der badischen Stände im Jahr 1816, sind noch einige Exemplare vorrätbig. — Das Exemplar wird um den **Nettopreis** von 3 fl. 48 kr. abgegeben, wenn der Käufer den Betrag an Malsch und Vogel in Karlsruhe baar einsendet, oder Nachnahme auf der Post gestattet.

Durch die Motionen, Berichte und Verhandlungen über eine Reihe wichtiger und ansehender Gegenstände erhält die Landtagszeitung einen mehr als gewöhnlichen Werth. Wir erinnern nur an die Motionen auf **Pressfreiheit** (von Peter, Bericht von Welker), auf **Einführung eines allgemeinen deutschen Handels- und Wechselrechts** (von Christ, Bericht von Rittermaier), **Einführung von Geschwornen**, **Uebersetzung der Polizeistrafgewalt an die Gerichte**, **Wortlage eines Polizeistrafbuchs** (Bericht von Rittermaier); **setzner an die Motionen und Berichte über eine Kapitalsteuer**, **Errichtung einer Bank, den Zollverein, die Eisenbahnen**, **die Erleichterung der Weinproduktion und des Weinhandels**, **die Angelegenheit der Deutschkatoliken**, **Emancipation der Juden** und so viele andere Gegenstände, die von allgemeinem und bleibendem Interesse sind.